

Der Gefellschaffer

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold
Nagolder Tagblatt

Gründet 1826

Verleger Nr. 29

Freierleits Zeitung im Oberamtsbezirk. — Neuzug sind daher von diesem Erfolg.

Es wird keine Gewähr für die Richtigkeit der Nachrichten gegeben. — Die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit der Nachrichten über die Verhandlungen der Reichsversammlung ist dem Reichsamt für die Reichsversammlung vorbehalten.

Telegraphen-Adressen:
Gefellschaffer Nagold

Postfachamt:
Stuttgart 5213

Nr. 116

Freitag den 21. Mai 1920

94. Jahrgang

Deutsche Nationalversammlung.

Präsident Feilerbach eröffnet die Sitzung um 3.20 Uhr und gebietet den Anwesenden Abgeordneten Wurm (II.), zu dessen Ehren sich die Abgeordneten von ihren Sitzen erheben. — Es folgt die 2. Beratung des Gesetzesentwurfs über die kaiserliche Behörde der im Reichsausgleichsgesetz und im Enteignungsgesetz geregelten Ansprüche und Verbindlichkeiten. (Schluß d. N.). Die Tragweite des Entwurfs ist sehr groß und zum Teil eine Konsequenz des Ausgleichsgesetzes. In soweit muß es angenommen werden. Etwas anderes ist es mit den Bestimmungen des Entwurfs, die die Enteignung betreffen. Sie enthalten große Ungerechtigkeiten. — Dr. Federhosen (D.B.) begründet Anträge, die die Interessen der Ausländer schützen sollen.

Reichsfinanzminister Dr. Wirth: Die Abänderungen des Ausschusses haben für die Regierung die Grenze des Möglichen erreicht, doch will die Regierung ihnen zustimmen. Die Anträge Dr. Federhosen sind aber unannehmbar. Die finanzielle Not des Reichs ist so groß, daß wir nicht alle Ungerechtigkeiten, die aus dem Kriege herkommen, von Reich wegen wieder gutmachen können. Die schwebende Schuld des Reichs steigt im Monat um 3 bis 4 Milliarden. — Waldenstein (D.) stimmt dem Antrag Federhosen zu. — Unterstaatssekretär Müller vom Wiederbauministerium empfiehlt die Annahme des Gesetzes, bei dessen Ablehnung die Ausländer die Verluste zu tragen hätten.

Der Gesetzesentwurf wird nach weiterer Debatte nach den Vorschlägen des Ausschusses angenommen mit einer Abänderung gemäß einem der Anträge Federhosen, nach dem liquidierte landwirtschaftliche Unternehmen in das Gesetz einbezogen werden. — Das Gesetz wird auch in 3. Lesung angenommen. — Bei der ersten Beratung des vom Abg. Schneider-Sachsen (D.) und Gen. eingebrachten Gesetzesentwurfs eines Gesetzes über weitere Ausdehnung der Versicherungspflicht in der Unfallversicherung beantragt Hoch (S.) die Grenze der Versicherungspflicht statt auf 15000 auf 25000 M. festzusetzen. — Gestling (Zentr.) bittet, diesen mit unbegründeter Willkür gestellten Antrag abzulehnen, ebenso Weißhaußen (Dem.), der bemerkt, daß der Antrag Hoch auf Wahrung der Verhältnisse zu führen sei.

Mumm (D.N.): Ein Heraufsetzen der Versicherungsgrenze ist zweckmäßig. Der sozialdemokratische Antrag ist aber unannehmbar. Der Reichsarbeitsminister arbeitet gegen das Selbstbestimmungsrecht der Angestellten.

Moff (D.B.) betont, daß die Deutsche Volkspartei schon im vorigen November die Heraufsetzung der Versicherungsgrenze beantragt hat.

Reichsarbeitsminister Schilde: Der Frage der Verschmelzung der Arbeiter- und Angestelltenversicherung sind wir noch nicht näher getreten. Es darf aber nichts geschehen, was der sachlichen Regelung der Frage entgegensteht.

André (Ztr.): Wenn man die Versicherungsgrenze sprunghaft erhöhen will, könnte man sie ebenloger so hoch ansetzen, daß auch die Minister unter die Versicherung fallen.

Der Antrag Hoch wird abgelehnt, die Vorlage in der Kommissionfassung mit einigen unwesentlichen Änderungen angenommen, ebenso in dritter Lesung.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzesentwurfs betr. die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit in Verbindung mit dem Gesetzesentwurf betr. die Stellung der Gerechtigkeit.

Nach einem sehr ausführlichen Bericht des Abg. Dr. Schädeling (D.) über die Verhandlungen teilt Präsident Feilerbach mit, die Opposition der Rechte werde bei der 2. Lesung des Gesetzes keine Schwierigkeiten machen, dagegen gegen eine 3. Lesung am morgigen Tage Widerspruch erheben. Es sei aber unwahrscheinlich, am Freitag vor Pfingsten noch ein beschlußfähiges Haus beisammen zu haben. Das wäre dann ein unruhiges Ende der Nationalversammlung. — Ubbé (S.): Meine Partei will das wichtige Gesetz unter allen Umständen durchberaten.

u. Gröbe (D.nat.): Bei der Wichtigkeit des Gegenstands können wir auf die beschleunigte Frist zwischen den Lesungen nicht verzichten.

u. Banger (Dem.): Die Rechte will die Vorlage des Gesetzes beschleunigen. Wir schlagen vor, die Beratung fortzusetzen. Hierauf wird gegen 8 Uhr in die Beratung der Vorlage eingetreten.

Regierungseitig wird auf die Notwendigkeit einer baldigen Verabschiedung des Gesetzes hingewiesen, das am 1. Okt. in Kraft treten soll.

u. Gröbe (D.nat.) tritt für die Militärgerichtsbarkeit ein und begründet eine Anzahl Eoventualanträge auf Änderung des Gesetzes. Wenn sie heute die Militärjustiz abwürgen, wird es über kurz oder lang heißen „Es lebe die Militärjustiz!“ (Beifall rechts; Fischen links).

Stüden (Soz.): Der Gesetzesentwurf entspricht der Verfassung und diese ist der Ausdruck des Volkswillens. Mit der Behinderung der Annahme des Gesetzes will die Rechte nur eine Salbengericht gewinnen.

Reisner (Dem.): Militärgerichte haben höchstens im Krieg aber auf hoher See Verwertung. Wir wollen eine auf dem Ehrgefühl des Soldaten aufgebaute Disziplin. Auch Disziplinarstrafen müssen sein, aber eine Militärgerichtsbar-

keit ist dazu unnötig. Sie beruht auf einer Ueberhebung des Soldatenstandes. (Unruhe u. Lachen rechts).

Seiger (Unabh.) beantragt eine Reihe von Abänderungen der Ausschlußbeschlüsse, die noch lange keine radikale Umgestaltung des Gerichtswesens darstellen.

Ein Regierungsvorsteher bittet, die Anträge abzulehnen. Schneider-Franken (Vagr. Sp.) stimmt dem Gesetzesentwurf zu. Seiner Partei lägen aber dabei politische Motive oder ein Mißtrauen gegen Mannschaften und Offiziere der Reichswehr fern.

§ 10 (Beauftragung von Kommissaren bei Militärstrafen) wird gestrichen.

Das Gesetz betr. die Militärgerichtsbarkeit wird im übrigen nach den Ausschlußbeschlüssen angenommen, ebenso dasjenige betr. die Gerechtigkeit.

Das Haus erledigt hierauf eine große Reihe von Petitionen. Nächste Sitzung morgen vorm. 10 Uhr: Interpellation Ubbé wegen der Verwendung farbiger Truppen im besetzten Gebiet und andere Interpellationen. Schluß nach 10 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Ev. Landeskirchenversammlung

ep. Stuttgart, 19. Mai. Am Mittwoch finden 2 Sitzungen statt. In der Vormittags-Sitzung wird über das Pfarrbesetzungsgesetz weiter verhandelt, namentlich über die Frage, ob die Gemeinde nur ein Wahl- u. Einpruchrecht haben soll (Einwortschlag) oder, falls sie es wünscht, das Recht aus drei vom Oberkirchenrat vorgeschlagene Bewerber einen zu wählen (Dreierwortschlag). Die Gegner des Dreierwortschlages (von der Kirchenregierung v. Rosenthal, vom Konfessionsrat D. v. Herz, ferner die Abg. Röder, Carl, Lutz, Thum, Gaud) halten die Rechte der Gemeinde durch die vorgesehene Fassung des Einwortschlages für genügend gesichert, wiewohl auf die Abneigung des Lehrerstandes gegen Lehrerwahl durch die Gemeinde hin, warnen davor, sich von Schlagworten der Zeit leiten zu lassen, bezeichnen das Wahlverfahren beim Dreierwortschlag als sehr mangelhaft — es würde zur eigentlichen Pfarrwahl führen, die aber niemand wolle — und befürchten bei Annahme des Dreierwortschlages kirchliches Parteitreiben, sowie eine Abschredung gerade wertvoller Kräfte vom Studium der Theologie. Anhänger des Dreierwortschlages (außer dem Antragsteller Reiff besonders D. Wurster) weisen auf die gemachten guten Erfahrungen namentlich in Sachsen hin. Der Antrag Reiff (Dreierwortschlag) wird aber schließlich mit bedeutender Mehrheit abgelehnt. § 2, wie er nun angenommen wird, bestimmt, daß der Gemeinde vom Oberkirchenrat ein Bewerber zu benennen ist, gegen den sie innerhalb 3 Wochen Einsprache erheben kann. Von der Tatsache einer etwaigen Einsprache ist dem Bewerber Mitteilung zu machen. Trägt der Oberkirchenrat Bedenken, einer Einsprache Folge zu geben, so erfolgt die Befehung durch den Landeskirchenrat.

In der Beratung über Aufhebung der Patronate wird abgebrochen.

Am Nachmittag wird die Beratung des Pfarrbesetzungsgesetzes zu Ende geführt. Zuerst wird über die Frage der Aufhebung der Patronatsrechte eingehend verhandelt. Der Entwurf will diese Rechte ohne Entschädigung aufheben (§ 5), dabei aber den gegenwärtigen Inhabern von Patronatsrechten die selbst evangelisch sind und in Württemberg ihren Wohnsitz haben, auf Lebenszeit das Präsentationsrecht erhalten (§ 7). Es handelt sich um 142 Kirchenstellen. Von den Berichterstattern, von Präsl. Dr. v. Jeller, Oberkonsult. Rat Schausser und den Abg. Dr. Hahn und Dr. Bühler werden die manderlei Bedenken aus Geschichte, Staatsrecht u. kirchlicher Praxis gegen die Aufrechterhaltung des Patronatsrechts ausgeführt; dabei wird von allen Seiten in warmer Weise der mannigfaltigen Förderung gedacht, die viele Gemeinden ihren Kirchenpatronen verdanken, besonders dem Haus Hohenlohe, aber auch anderen Adelsfamilien. Der Abg. Fürst zu Hohenlohe-Langenburg spricht von den engen Beziehungen zwischen den Gemeinden und der Familie des Patronat; den Antrag auf Forterhaltung des Patronatsrechtes wolle er aber nicht stellen, dagegen tritt er wenigstens für § 7 ein. Ein Antrag Maß, § 7 zu streichen, wird abgelehnt, der Vorschlag des Ausschusses wird angenommen. § 6 will die Bestimmung treffen, daß ein Pfarrer dessen Stellung in seiner Gemeinde unzulässig geworden ist, auch gegen seinen Willen pensioniert werden kann. Bei dieser Gelegenheit wird über Visitation der Pfarren, den bisherigen geheimen Durchgang und die geheime Bezeugung der Pfarren gesprochen. Von Seiten vieler Abgeordneten (Guppenbauer, Maß, Benzling, Süsser, Merkle, Klein) wird zum Ausdruck gebracht, daß die bisherige für alle Beteiligten peinliche Form des geheimen Durchgangs nicht mehr bestehen soll. Besser als jeder geheime Durchgang sei aber in Fällen von Meinungsverschiedenheiten die unmittelbare persönliche Aussprache zwischen Pfarrer und Gemeindeglied. § 6 wird angenommen. — Ende 8.20 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 9 Uhr: Eingaben. Zweite Lesung des Verfassungsgesetzes.

Der Landwirtschaftliche Hauptverband gegen die Zwangswirtschaft.

Stuttgart, 19. Mai. Der Landwirtschaftl. Hauptverband Württembergs hatte in Single-Haus eine außerordentliche Mitgliederversammlung einberufen, die von mehr als 1500 Personen besucht war. In Stelle des erkrankten Schultheißen Wang leitete Gutschäfer die Verhandlung. Die Veranstaltung mit Beratungswort ein. Er führte etwa aus: Die Regierung wird den Eindruck bekommen, daß die Bauern einsig sind. Der Bauernstand ist derjenige Beruf, der sich zuletzt organisiert, deshalb wurde er so wenig gehört. Die Zustimmung in der Landwirtschaftskammer über die Zwangswirtschaft war sehr betrübend, weil ein Teil der Mitglieder sich für die Behaltung dieser erklärte. Die Landwirtschaft aber, die 6 Jahre lang den Druck und Terror der öffentlichen Bewirtschaftung ausbleibt, verlangt die Abschaffung. Andere Städte hätten sich die Zwangswirtschaft nicht so lange gefallen lassen. Die Herren, die sich in der Kammer für die Zwangswirtschaft erklärten, haben sich zum Grundbesitzerminister dreifachen lassen. Die Bauern sind viel zu ehrlich gegenüber einer solchen Regierung, die nur beabsichtigt ist, den Bauernstand gegen einander auszufächeln. Der Grundbesitzerminister hat über die Zustimmung gemeint, daß er angenehm überrascht sei. Von der heutigen Zustimmung wird er unangenehm berührt werden. Auch die württembergischen Bauern gehören zu uns. Vom Bauern gilt es wie vom Arbeiter: Wenn mein harter Arm es will, liegen alle Köder still. Wir sind keine Staatsbürger, 2. oder 3. Klasse, wir wollen Selbstbestimmung. Zum Schluß wandte sich der Redner gegen die Kandidatur Czbergers, der nicht von der Landwirtschaft gewählt werden könne, weil er den Friedensvertrag mit den Wehrleistungen unterzeichnet hat. Hierauf hielt Dr. Kunzinger-Ravensburg zwei Reden über die Zwangswirtschaft und gegen eine politische Entschädigung des Bauernstandes. Er führte etwa aus: Ganz so wahnwitzig ist es im Übermaß nicht mehr. Das beweist die heutige Verfassung, die der Verfassungszustand Ravensburg herbeiführt hat. Wie schreien wir zur Tat? Daß wir die Zwangswirtschaft zum Trübsal haben wollen, darüber sind die Bauern trotz aller Willkür einig. Auch die Vertreter aller politischen Parteien sprechen sich bei persönlicher Führungnahme anders aus, als bei den Abstimmungen im Landtag. Bei der Konferenz der Verfassung in Ulm hat auch Abg. Feilerbach (Soz.) sich für die Abschaffung der Zwangswirtschaft eingesetzt. Das Mindeste, was wir verlangen können, ist der Beschluß der Landwirtschaftskammer. Das Mittel, das wir zur Durchführung unserer Forderung ergreifen wollen, kommt nur schwer von den Lippen. Es ist der Streik. Seit November 1918 ist er (Streik; Regierungsmittel) das landesübliche Mittel, Forderungen durchzusetzen. Nur den Bauern wird es als Verbrechen angesehen, wenn er vom Streik spricht. Der Anwalt kommt nicht in Betracht. Eine Art Streik hat sich auf natürliche Weise vollzogen durch Änderung des Anbaus. Die zweite Art ist der Konsumstreik. Er richtet sich gegen die Industrie, die bei landwirtschaftl. Maschinen und Ausstattungsgegenständen Preise fordern. Auf Ansehen liegen allein 24 für den Bauern Reichsabgabe. Die Kulturwerke haben einen glänzenden Erfolg. Das alles wird aus der Landwirtschaft herausgezogen. Der Bauer muß alles dahin kommen, daß er keine Drogenmittel mehr abnimmt. So viel erzeugt er immer noch, das er braucht. Der Lieferant ist der Schwärze, weil man mit Gelingen und Verbindungen in Konflikt kommt. Daß er einheitlich durchzuführen ist, beweisen die Vorgänge in der Pfalz. Aber das Erbteil des Bauernstandes, die Uneinigkeit und Eigenliebe, muß verschwinden. Mindestens 75 Proz. müssen mit tun beim Lieferant. Ein besondertes Aussehen des Hauptverbandes soll eingehend werden, um den etwa notwendig werdenden Lieferant vorzubereiten. Auch die Führer der Bauernschaft müssen einig sein. Zur Frage der Zwangswirtschaft wurde diesmal folgende Empfehlung einstimmig angenommen: Die außerordentliche Mitgliederversammlung des Hauptverbandes stellt sich geschlossen und mit größtem Nachdruck hinter die schon von der Landwirtschaftskammer erhobenen Forderungen zur Frage der Zwangswirtschaft. Die Stellungnahme des Landtags zu dieser Frage gemäß den Interessen der Landwirtschaft, nach den wahlverstandenen Interessen der Gesamtbevölkerung. Sie verlangt nicht die geringste Erleichterung der Zwangswirtschaft, doch deren schweren Nachteile für Volkswirtschaft u. Volksernährung zu vermeiden und kommt so den Wünschen und der Gesundheit des Volkes. Das wird sogar von sozialdemokratischer Seite anerkannt. Langfristige Wehr, wie ein Abbauplan im weiten Feld können die wachsende Ernteleistung der Landwirtschaft, Deutschlands über die schädliche Bedrückung nicht mehr befristigen. Die württ. Landwirtschaft verlangt keine Sonderrechte und Sonderurteile. Sie verlangt Wahrung des uralten Lebensrechtes und der gleichen Freiheit, wie sie die übrigen Volksteile genießen. Lebensrecht und Freiheit der Landwirtschaft sind aber durch die Behauptung der unerbittlichen und für alle gleich schädlichen Zwangswirtschaft in Gefahr.

Der Landwirtschaftliche Hauptverband Württembergs hatte in Single-Haus eine außerordentliche Mitgliederversammlung einberufen, die von mehr als 1500 Personen besucht war. In Stelle des erkrankten Schultheißen Wang leitete Gutschäfer die Verhandlung. Die Veranstaltung mit Beratungswort ein. Er führte etwa aus: Die Regierung wird den Eindruck bekommen, daß die Bauern einsig sind. Der Bauernstand ist derjenige Beruf, der sich zuletzt organisiert, deshalb wurde er so wenig gehört. Die Zustimmung in der Landwirtschaftskammer über die Zwangswirtschaft war sehr betrübend, weil ein Teil der Mitglieder sich für die Behaltung dieser erklärte. Die Landwirtschaft aber, die 6 Jahre lang den Druck und Terror der öffentlichen Bewirtschaftung ausbleibt, verlangt die Abschaffung. Andere Städte hätten sich die Zwangswirtschaft nicht so lange gefallen lassen. Die Herren, die sich in der Kammer für die Zwangswirtschaft erklärten, haben sich zum Grundbesitzerminister dreifachen lassen. Die Bauern sind viel zu ehrlich gegenüber einer solchen Regierung, die nur beabsichtigt ist, den Bauernstand gegen einander auszufächeln. Der Grundbesitzerminister hat über die Zustimmung gemeint, daß er angenehm überrascht sei. Von der heutigen Zustimmung wird er unangenehm berührt werden. Auch die württembergischen Bauern gehören zu uns. Vom Bauern gilt es wie vom Arbeiter: Wenn mein harter Arm es will, liegen alle Köder still. Wir sind keine Staatsbürger, 2. oder 3. Klasse, wir wollen Selbstbestimmung. Zum Schluß wandte sich der Redner gegen die Kandidatur Czbergers, der nicht von der Landwirtschaft gewählt werden könne, weil er den Friedensvertrag mit den Wehrleistungen unterzeichnet hat. Hierauf hielt Dr. Kunzinger-Ravensburg zwei Reden über die Zwangswirtschaft und gegen eine politische Entschädigung des Bauernstandes. Er führte etwa aus: Ganz so wahnwitzig ist es im Übermaß nicht mehr. Das beweist die heutige Verfassung, die der Verfassungszustand Ravensburg herbeiführt hat. Wie schreien wir zur Tat? Daß wir die Zwangswirtschaft zum Trübsal haben wollen, darüber sind die Bauern trotz aller Willkür einig. Auch die Vertreter aller politischen Parteien sprechen sich bei persönlicher Führungnahme anders aus, als bei den Abstimmungen im Landtag. Bei der Konferenz der Verfassung in Ulm hat auch Abg. Feilerbach (Soz.) sich für die Abschaffung der Zwangswirtschaft eingesetzt. Das Mindeste, was wir verlangen können, ist der Beschluß der Landwirtschaftskammer. Das Mittel, das wir zur Durchführung unserer Forderung ergreifen wollen, kommt nur schwer von den Lippen. Es ist der Streik. Seit November 1918 ist er (Streik; Regierungsmittel) das landesübliche Mittel, Forderungen durchzusetzen. Nur den Bauern wird es als Verbrechen angesehen, wenn er vom Streik spricht. Der Anwalt kommt nicht in Betracht. Eine Art Streik hat sich auf natürliche Weise vollzogen durch Änderung des Anbaus. Die zweite Art ist der Konsumstreik. Er richtet sich gegen die Industrie, die bei landwirtschaftl. Maschinen und Ausstattungsgegenständen Preise fordern. Auf Ansehen liegen allein 24 für den Bauern Reichsabgabe. Die Kulturwerke haben einen glänzenden Erfolg. Das alles wird aus der Landwirtschaft herausgezogen. Der Bauer muß alles dahin kommen, daß er keine Drogenmittel mehr abnimmt. So viel erzeugt er immer noch, das er braucht. Der Lieferant ist der Schwärze, weil man mit Gelingen und Verbindungen in Konflikt kommt. Daß er einheitlich durchzuführen ist, beweisen die Vorgänge in der Pfalz. Aber das Erbteil des Bauernstandes, die Uneinigkeit und Eigenliebe, muß verschwinden. Mindestens 75 Proz. müssen mit tun beim Lieferant. Ein besondertes Aussehen des Hauptverbandes soll eingehend werden, um den etwa notwendig werdenden Lieferant vorzubereiten. Auch die Führer der Bauernschaft müssen einig sein. Zur Frage der Zwangswirtschaft wurde diesmal folgende Empfehlung einstimmig angenommen: Die außerordentliche Mitgliederversammlung des Hauptverbandes stellt sich geschlossen und mit größtem Nachdruck hinter die schon von der Landwirtschaftskammer erhobenen Forderungen zur Frage der Zwangswirtschaft. Die Stellungnahme des Landtags zu dieser Frage gemäß den Interessen der Landwirtschaft, nach den wahlverstandenen Interessen der Gesamtbevölkerung. Sie verlangt nicht die geringste Erleichterung der Zwangswirtschaft, doch deren schweren Nachteile für Volkswirtschaft u. Volksernährung zu vermeiden und kommt so den Wünschen und der Gesundheit des Volkes. Das wird sogar von sozialdemokratischer Seite anerkannt. Langfristige Wehr, wie ein Abbauplan im weiten Feld können die wachsende Ernteleistung der Landwirtschaft, Deutschlands über die schädliche Bedrückung nicht mehr befristigen. Die württ. Landwirtschaft verlangt keine Sonderrechte und Sonderurteile. Sie verlangt Wahrung des uralten Lebensrechtes und der gleichen Freiheit, wie sie die übrigen Volksteile genießen. Lebensrecht und Freiheit der Landwirtschaft sind aber durch die Behauptung der unerbittlichen und für alle gleich schädlichen Zwangswirtschaft in Gefahr.

Der Landwirtschaftliche Hauptverband Württembergs hatte in Single-Haus eine außerordentliche Mitgliederversammlung einberufen, die von mehr als 1500 Personen besucht war. In Stelle des erkrankten Schultheißen Wang leitete Gutschäfer die Verhandlung. Die Veranstaltung mit Beratungswort ein. Er führte etwa aus: Die Regierung wird den Eindruck bekommen, daß die Bauern einsig sind. Der Bauernstand ist derjenige Beruf, der sich zuletzt organisiert, deshalb wurde er so wenig gehört. Die Zustimmung in der Landwirtschaftskammer über die Zwangswirtschaft war sehr betrübend, weil ein Teil der Mitglieder sich für die Behaltung dieser erklärte. Die Landwirtschaft aber, die 6 Jahre lang den Druck und Terror der öffentlichen Bewirtschaftung ausbleibt, verlangt die Abschaffung. Andere Städte hätten sich die Zwangswirtschaft nicht so lange gefallen lassen. Die Herren, die sich in der Kammer für die Zwangswirtschaft erklärten, haben sich zum Grundbesitzerminister dreifachen lassen. Die Bauern sind viel zu ehrlich gegenüber einer solchen Regierung, die nur beabsichtigt ist, den Bauernstand gegen einander auszufächeln. Der Grundbesitzerminister hat über die Zustimmung gemeint, daß er angenehm überrascht sei. Von der heutigen Zustimmung wird er unangenehm berührt werden. Auch die württembergischen Bauern gehören zu uns. Vom Bauern gilt es wie vom Arbeiter: Wenn mein harter Arm es will, liegen alle Köder still. Wir sind keine Staatsbürger, 2. oder 3. Klasse, wir wollen Selbstbestimmung. Zum Schluß wandte sich der Redner gegen die Kandidatur Czbergers, der nicht von der Landwirtschaft gewählt werden könne, weil er den Friedensvertrag mit den Wehrleistungen unterzeichnet hat. Hierauf hielt Dr. Kunzinger-Ravensburg zwei Reden über die Zwangswirtschaft und gegen eine politische Entschädigung des Bauernstandes. Er führte etwa aus: Ganz so wahnwitzig ist es im Übermaß nicht mehr. Das beweist die heutige Verfassung, die der Verfassungszustand Ravensburg herbeiführt hat. Wie schreien wir zur Tat? Daß wir die Zwangswirtschaft zum Trübsal haben wollen, darüber sind die Bauern trotz aller Willkür einig. Auch die Vertreter aller politischen Parteien sprechen sich bei persönlicher Führungnahme anders aus, als bei den Abstimmungen im Landtag. Bei der Konferenz der Verfassung in Ulm hat auch Abg. Feilerbach (Soz.) sich für die Abschaffung der Zwangswirtschaft eingesetzt. Das Mindeste, was wir verlangen können, ist der Beschluß der Landwirtschaftskammer. Das Mittel, das wir zur Durchführung unserer Forderung ergreifen wollen, kommt nur schwer von den Lippen. Es ist der Streik. Seit November 1918 ist er (Streik; Regierungsmittel) das landesübliche Mittel, Forderungen durchzusetzen. Nur den Bauern wird es als Verbrechen angesehen, wenn er vom Streik spricht. Der Anwalt kommt nicht in Betracht. Eine Art Streik hat sich auf natürliche Weise vollzogen durch Änderung des Anbaus. Die zweite Art ist der Konsumstreik. Er richtet sich gegen die Industrie, die bei landwirtschaftl. Maschinen und Ausstattungsgegenständen Preise fordern. Auf Ansehen liegen allein 24 für den Bauern Reichsabgabe. Die Kulturwerke haben einen glänzenden Erfolg. Das alles wird aus der Landwirtschaft herausgezogen. Der Bauer muß alles dahin kommen, daß er keine Drogenmittel mehr abnimmt. So viel erzeugt er immer noch, das er braucht. Der Lieferant ist der Schwärze, weil man mit Gelingen und Verbindungen in Konflikt kommt. Daß er einheitlich durchzuführen ist, beweisen die Vorgänge in der Pfalz. Aber das Erbteil des Bauernstandes, die Uneinigkeit und Eigenliebe, muß verschwinden. Mindestens 75 Proz. müssen mit tun beim Lieferant. Ein besondertes Aussehen des Hauptverbandes soll eingehend werden, um den etwa notwendig werdenden Lieferant vorzubereiten. Auch die Führer der Bauernschaft müssen einig sein. Zur Frage der Zwangswirtschaft wurde diesmal folgende Empfehlung einstimmig angenommen: Die außerordentliche Mitgliederversammlung des Hauptverbandes stellt sich geschlossen und mit größtem Nachdruck hinter die schon von der Landwirtschaftskammer erhobenen Forderungen zur Frage der Zwangswirtschaft. Die Stellungnahme des Landtags zu dieser Frage gemäß den Interessen der Landwirtschaft, nach den wahlverstandenen Interessen der Gesamtbevölkerung. Sie verlangt nicht die geringste Erleichterung der Zwangswirtschaft, doch deren schweren Nachteile für Volkswirtschaft u. Volksernährung zu vermeiden und kommt so den Wünschen und der Gesundheit des Volkes. Das wird sogar von sozialdemokratischer Seite anerkannt. Langfristige Wehr, wie ein Abbauplan im weiten Feld können die wachsende Ernteleistung der Landwirtschaft, Deutschlands über die schädliche Bedrückung nicht mehr befristigen. Die württ. Landwirtschaft verlangt keine Sonderrechte und Sonderurteile. Sie verlangt Wahrung des uralten Lebensrechtes und der gleichen Freiheit, wie sie die übrigen Volksteile genießen. Lebensrecht und Freiheit der Landwirtschaft sind aber durch die Behauptung der unerbittlichen und für alle gleich schädlichen Zwangswirtschaft in Gefahr.

gold. Seminars bild. 2258
end. Ver. z. F. der d. Sem. Nichtmit-Kassier: der Kasse.
ung. beehren nte auf 20 rg freund- 2258
e Carle des Holzbauer berg.
Einladung
ng. gestatten nte auf 20 berg freund- 2275
e Paul des i Paul, Büdberg.
Einladung
ng. beehren nte auf 20 einzuladen.
Geyer des Geyer in Sulz.
ung. beehren nte auf 20 einzuladen.
Neu des og Reng er.
Einladung



andere Berufsstände oder die Regierung in Frage gestellt werden. Sie verzichten auf jedes Streikrecht, wenn dies von Seiten der anderen Stände auch geschieht. — Auch diese Entschliessung wurde einstimmig angenommen. Unterdessen war Staatspräsident Bloch mit Ministerialdirektor Erlensmaier im Saale erschienen. Der Vorkommende begrüßte ihn unter lautem Beifall der Versammlung. Regierungsrat Strödel erhaltete dann das Gegenteiler zur Frage der Zwangsbeurteilung. Seine Ausführungen, wie die des Berichterstatters Dr. Baumjäger, wurden vielfach mit minutenlangem, kühnem Beifall und schließlichen Zwischenrufen unterbrochen. Regierungsrat Strödel legte der Versammlung eine weitere Entschliessung vor: „Wir fordern von der Staatsregierung bezüglich der Zwangsbeurteilung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, daß 1. für das Wirtschaftsjahr 1920 anzuhängen ist: die Beurteilung von Getreide, Hülsenfrüchten und Kartoffeln, 2. die Beurteilung von Wein, Obstweine, Gelpflanzungen, Obstfrüchten, Tabak, Ölen, sowie von Rindvieh und Schweinen ist sofort aufzuheben, 3. die Beurteilung von Milch soll nur insofern aufrecht erhalten werden, als es die Versorgung von Kindern, Kranken und Alten erfordert, 4. alle übrigen landwirtschaftlichen Erzeugnisse sind freigegeben.“ — Gegen Punkt 3 erhob sich aus der Versammlung lebhafter Widerspruch und es wurde der Antrag des Referenten abgelehnt und dafür freie Beurteilung der Milch gefordert. — In der nun einsetzenden Aussprache kamen zum Wort: Oberland-Präsident, Vöcher-Keresheim, Adorno-Kaltenberg, Schiele-Burgach, Dingler-Kalm, Dummel u. a. Staatspräsident Bloch führte folgendes aus: Durch mein Erscheinen habe ich wohl bewiesen, daß der Regierung das Herz nicht in die Hose fällt. Alle Vorgänge bei der Landwirtschaft verfolge ich auf das genaueste und ich anerkenne die Leistungen der Landwirtschaft voll und ganz. Auch die Beschwerden, die zu mir dringen, beachte ich, ich werde die heute geäußerten Klagen in Berlin vorbringen und dafür sorgen, daß sie zur Berücksichtigung gezogen werden. Ich kann keine Besprechungen machen, da wir von der Reichsregierung und Nationalversammlung abhängig sind. Ich kann nur versichern, daß ich kein Vorurteil gegen die Landwirtschaft habe und daß ich die vielen Beschwerden und Wünsche, die in den Verhältnissen begründet sind, zur Kenntnis der maßgebenden Stellen bringen werde (Zustimmung und Widerspruch). Der Vorkommende dankte dem Staatspräsidenten und wünschte, daß sein Einfluß gleichermäßen in Berlin wie beim würt. Landwirtschaftsministerium zur Geltung komme. Die Bauern müßten leider die Erfahrung machen, daß man in Stuttgart päpstlicher sei als in Berlin und daß man mit Worten vom Abbau verzeihen wolle. — Oekonomierat Bogt begründet hierauf folgenden Antrag: „Die heutige Versammlung richtet an die würt. Staatsregierung das dringende Ersuchen, sofort eine größere Summe (50 000 M.) als Prämie auszuwerfen zur Erforschung des Ertrages der furchbar aufstrebenden Maul- und Ruusenseuche.“ Auch dieser Antrag fand Annahme. Die Versammlung beschäftigte sich dann noch mit dem landwirtschaftlichen Wochenblatt, mit einem Antrag der Landwirtschaftskammer Ulm zur generellen Arbeitszeit und nahm zu den Wahlen eine Entschliessung an, daß nur die Kandidaten gewählt werden sollen, die den Forderungen der Landwirtschaft, namentlich auch in der Frage der Zwangsbeurteilung, volle Gerechtigkeit widerfahren lassen. Nach 7-stündiger Verhandlung, in der es recht lebhaft ging, konnte der Vorkommende die Tagung mit Dankworten schließen.

Tages-Neuigkeiten.

Verkürzung der Zuckerernte ab 1. Juli.

Die Verkürzung der lehrjährigen Zuckerproduktion infolge Rückgangs der Anbaufläche und ungenügender Produktionsverhältnisse während der letzten Kampagne machen die Aufrechterhaltung der Wand- u. Zuckerernte bis zum Schlusse des Wirtschaftsjahres trotz weitgehender Beschränkung der zuckererzeugenden Betriebe unmöglich. Die am 1. Juli d. J. auszugebende Zuckermenge, die bei der bisherigen Ration auf drei Monate reichen würde, muß daher auf vier Monate verteilt werden. Die Verteilung der Zuckerausgabe durch die Kommunitätsverbände wird dementsprechend eingerichtet werden.

Der Börsenverein deutscher Buchhändler

nahm nach Bittermeidungen aus Leipzig toeben auf seiner Hauptversammlung Stellung gegen das Ueberhandnehmen der unästhetischen Literatur. Um diesem zu begegnen, sollen die Angelegen im „Börsenblatt“ vor dem Erscheinen geprüft werden. Außerdem wird in Erwägung gezogen werden, Verleger unästhetischer Bücher aus dem Börsenverein auszuschließen.

Richard Wagner.

(Nachdr. verb.)

Im Mai, im „wonnigsten Maien“ war's, als Richard Wagner zur Welt kam, und das geschah am 22. Mai 1813 in Leipzig, Deutschlands, nein nicht nur Deutschlands, der Welt größter Tonkünstler und kaum weniger bedeutender Dichter war entstanden.

Verhältnismäßig spät erst erdachte Wagner seine Bestimmung zum Komponisten, und nach anfänglichen schwächlichen Versuchen erlangt er erst im 30. Lebensjahr seinen ersten Erfolg mit seiner Oper „Rienzi“.

Von jetzt ab wählte er seine Stoffe, die er selbst dichtete, aus dem Schatz der germanischen Sagen- und Heldensagen. Und nun fing er an, ein Eigenes zu werden. Er brach mit der allhergebrachten Opernschablone, mit ihren Arten, Reaktionen, Duetten usw. und in seinen Werken „Der fliegende Holländer“, „Lohengrin“, „Die Meistersinger von Nürnberg“: seinem Ideal durch: der Erschaffung eines deutschen Musikdramas. Und das hat er erreicht in „Tristan und Isolde“. Hier war wirklich die Schöpfung, die schon Wagner besitzt hatte, in Erfüllung gegangen: die unerreichte Einheit und innige Verschmelzung von Wort und Dichtung, mit andern Worten: das natürliche, in Musik gesetzte, Drama war erreicht worden. Nie ist seitdem Höheres auf diesem Gebiet hervorgebracht worden, und ob es je überholt wird? Einer der bedeutendsten Denker der Gegenwart sagt, „Tristan“ sei das Ende der Musik.

Aber der Mensch nicht begreifen zu werden, trifft alle, die Mienen machen, Eigenes zu werden. — Wohl nie ist ein Künstler mehr geschmäht, mißverstanden und angegriffen worden als Richard Wagner; aber mit Wort und Schrift, mit ungläublicher Energie trat er für seine junge Kunst ein. — Da waren es hauptsächlich zwei Menschen, die ihm glaubten. Das waren die Frau eines Schweizer Kaufmanns Mathilde Wesendonk und König Ludwig II. von Bayern. Mit der ersten verband Wagner einige Jahre eine reine, innige Seelenverwandtschaft — diesem Erlebnis verdanken wir den ergreifendsten Teil des „Tristan“ — und Ludwig II. ließ dies Werk in München aufführen und schenkte später dem Meister in Bayreuth eine Heimstätte seiner Kunst, ein Festspielhaus.

Der Abbau auf Helgoland.

Basel, 19. Mai. Die „Daily Mail“ meldet: Die Schließung der Werke der Festung Helgoland, die dem Deutschen Reich in 23jähriger Bauzeit 7 Milliarden Mark kostete, ist nahezu vollendet. Es sind nunmehr sämtliche 123-büchigen betonierten Marinegeschütze entfernt und zerstört worden. Die Entfestigungsarbeiten, die unter Aufsicht einer internationalen Mission vor sich gehen, werden Anfang Juni vollständig beendet sein.

Reichs- und Landtagswahl.

Jede Partei erhält nach dem neuen Reichstagswahlrecht so oft ein Mandat, als sie 60 000 Stimmen aufbringt. Je höher die Gesamtziffer, desto mehr Abgeordnete, je geringer die Gesamtziffer, desto weniger Abgeordnete. Lassen die Frauen oder die Arbeiter, oder die Beamten, oder einzelne Kreise des sonstigen Mittelstandes im Elfer für die Wahlarbeit nach, so bekommt die Partei in der Gesamtheit ein oder zwei Abgeordnete weniger. Dabei ist strenge Wahlbeteiligung Erennfaktor.

Landtagskandidaten.

r Ebingen, 19. Mai. Die Deutsche demokratische Partei stellt für den Wahlkreis Balingen-Horb-Kottendorf folgende Kandidaten: 1. Conrad Hausmann, Staatssekretär a. D. und Rechtsanwalt in Stuttgart; 2. Christian Horter, Schmelzmeister und Landwirt in Oberdiselsheim; 3. Alfred Wlad, Fabrikant in Kottendorf; 4. Carl Guntel, Zimmermeister und Gemeinderat in Horb. — Die Sozialdemokratische Partei stellt auf: 1. Minister Heymann-Struttig; 2. Gemeinderat Goring-Struttig; 3. Amtsrichter Dr. Koller-Balingen; 4. Landwirt Hll-Bodelshausen.

Aus Stadt und Bezirk.

Ragold, den 21. Mai 1920.

* **Pfingstverkehr.** Am Pfingstmontag verließ auf der Straße Forzheim-Eutingen ausnahmsweise Zug 929: Forzheim ab 5.55 (abends), Ragold ab 7.56, Eutingen ab 8.19 und hat in Hockdorf Anschluss nach Freudenstadt und in Eutingen Anschluss nach Forz u. Böhlingen. Auf der Nebenbahn Ragold-Altensteig verkehren die Züge 16 Altensteig ab 6.58 (abends), Ragold an 7.46 und 19 Ragold ab 8.20 (abends), Altensteig an 9.18.

* **Auslandsforderungen.** Die Zweigstelle Stuttgart des Reichsausgleichsamts (Redarstraße 47) macht darauf aufmerksam, daß die Annahmehung von Auslandsforderungen am 1. Juni 1920 abläuft.

* **Steuerberatungen für Handwerker!** Die Handwerkskammer Reutlingen macht darauf aufmerksam, daß entsprechend einem Beschluß der Volksversammlung bei der Handwerkskammer eine Steuerberatungskasse errichtet wurde. Diese Stelle hat am 15. Mai ihre Tätigkeit aufgenommen und wird von einem Steuerfachmann geleitet.

* **Viehzählung.** Am 1. Juni findet wiederum eine Viehzählung statt, die sich auf das ganze Reich erstreckt. Alle Viehgattungen und das Geflügel werden durch Zähler am Zählungstag in die Ortlisten eingetragen.

15. Staatslotterie, 3. Klasse, 3. Ziehungsstag. Auf Württemberg entfielen Gewinne: 8 000 M auf Nr. 186 725, 2 1 188; 1 000 M auf Nr. 30 908, 56 730, 187 329, 187 467; 500 M auf Nr. 30 985, 174 630, 175 008, 175 719, 176 957, 177 9 7, 178 429, 189 587, 189 812, 221 247, 230 384. Außerdem 338 Gewinne zu 24 M (ohne Gewähr).

Aus dem übrigen Württemberg.

r Stuttgart, 19. Mai. In dem Scherzschwindel bei der Bankfirma Wittmann & Co. erfahren wir, daß der Verhaftete wieder auf freien Fuß gesetzt wurde, nachdem er den Nachweis erbracht, daß er durch Uebernahme des von dritter Seite gestohlenen Scherzbuches selbst einen Schwindler zum Opfer gefallen war.

r Stuttgart, 19. Mai. In einer öffentlichen Versammlung in Dinkelscherb Saalbau sprach Dr. Ruge von der

Mit rastloser Tätigkeit und Energie setzte Wagner seinen Weg fort. Es entstanden nacheinander das deutscheste der Musikdramen „Die Meistersinger von Nürnberg“ und sein umfangreichstes, urgewaltiges Werk, die Tetralogie „Der Ring des Nibelungen“, bestehend aus dem „Rheingold“, der „Walküre“, „Siegfried“, „Götterdämmerung“. Etwa ein Jahr vor seinem Tode konnte „Parzifal“, sein letztes Werk, aufgeführt werden.

Während der letzten Jahre seines Lebens hatte der alternde Meister schon oft in sonnigen Sitten, in Italien, Erholung gesucht. Und in Venedig war es, als er am 13. Februar 1883 seine Augen für immer schloß. Geweint von der ganzen Welt holten die Deutschen ihn heim, und in Bayreuth wurde der „milde Siegfried“ zu Grabe getragen.

Dämmerte es zu jenen Zeiten auch schon in den Gemütern auf, was der oelgeschmähliche Richard Wagner für die Kunst der Musik bedeute, heute aber müssen wir alle mit jenem an seinem Grabe sprechen:

„Ein Fürst ist heimgegangen, ein weissen Rhythoren Thron in den unbegrenzten Gebieten des geistigen Lebens und der Kunst ist verwaist. Die größte Bereicherung, die wir dem Schöpfer so großer Werke schenken können, beruht in der Gelobung descheiden!“ — und singen mit Wolfram Gottheit:

Wenn elst, die heut' ihn kistern, längst vergessen,
Des Tages Namen mit dem Tag verweht,
Wird unter Wahntrübs tagenden Japressen,
Wo still im Grün des Dichters Grabmal steht,
Ein frommer Bögerrug vorüberziehen
Und vor der Stätte weilen im Gebet.

Und zauberhaft erscheint den Bhaanischen
Des Friedensstör, das zum Nirwana führt,
Von fernher rauschen Siegfrieds Melodien.

Und auf den Sang, der alle Seelen rührt,
Wird sich ein Licht vor unsern Augen breiten,
In dem das Herz die ewige Sonne spürt.

Schon langt der Horizont sich an zu weiten,
Frei schwebt die Seele über Raum und Zeit:
Die Witwe mag an seinem Grabe streiten,
Die Nachwelt preist ihn für die Ewigkeit!“

W. B.

Heidelberg Hochschule über den „Erfolg der Judenfrage für die letzten Jahrzehnte der Entwicklung Deutschlands.“ Der deutschjüdische Schatz und Freybund hatte die Veranstaltung als Antwort auf die Rundgebung des russischen Pianisten Rachum Goldmann im Stadtpark am 10. Mai einberufen. Die Abwehr vollzog sich in dem überfüllten Saale, in dem zahlreiche Wegner zu sehen waren, vollkommen ruhig während der jüdische Angriff im Stadtparksaal bekanntlich in Tätlichkeiten übergegangen war.

r Stuttgart, 19. Mai. Dieser Tage hielt der Württ. Drogistenverein hier seine Generalversammlung ab. Die Teilnehmer hatten der photographischen Ausstellung im Handelshof einen Besuch ab. Der Vorkommende des Vereins, Dr. Reuber, wurde in den Deutschen Drogistenverband als Direktor berufen. Befragt wurde namentlich, daß der Drogist wie der Kleinhandler immer mehr ausgeschaltet wird. Die Hochschule des Vereins in Stuttgart hat sich im letzten Jahr wesentlich vergrößert. In einzelnen Geschäften mußten Entlassungen vorgenommen werden, weil die Lohnforderungen vielfach die Leistungsfähigkeit des Betriebshabers überstiegen. Die Sonntagarbeit wurde einstimmig abgelehnt. Auch für das Personal wurde mindestens 6 9 stündige Arbeitszeit verlangt. Gefordert wurde auch eine genügende Vertretung des Kleinhandels im Reichswirtschaftsrat oder besser in einer berufsständischen Kammer.

r Stuttgart, 20. Mai. Das Ministerium des Innern weist in einer Bekanntmachung im Staatsanzeiger erneut darauf hin, daß Versammlungen unter freiem Himmel, Ungehörigkeiten und ähnliche Aushebungen innerhalb bewohnter Ortschaften in sämtlichen Gemeinden Württembergs nach wie vor verboten sind. Zuwiderhandlungen machen sich strafbar. Die Vollziehenden sind angewiesen, mit den ihnen zu Gebote stehenden Mitteln etwa beabsichtigte Veranstaltungen dieser Art zu verhindern.

r Stuttgart, 20. Mai. Die Arbeitgeber des Groß- und Kleinhandels haben in einer Vertreterversammlung aller Branchen und Fachverbände einstimmig beschlossen, den Schiedsgericht des Schlichtungsausschusses, wonach Lohnerhöhungen von 110 bzw. 105% zu gewährt sind, abzulehnen.

r Leutkirch, 19. Mai. Die schon berichtet, suchte ein Jagelmeister die Gemeinde Lannheim heim. Die Feldfrüchte sind bis zu 50% übererndet. Daher gleichen einem Sieb, sämtliche Fenster der Nordseite wurden zerstört. Die älteste Leute können sich nicht erinnern, solche großen Jagelstücke gesehen zu haben. Auch im benachbarten Bayern wurde großer Jagel Schaden verursacht.

Legte Nachrichten.

Demonstration der U.S.P. in Stuttgart.

Stuttgart, 21. Mai. Eine Demonstration, obwohl von Seiten der Regierung das Verbot öffentlicher Versammlungen mit Ungehörigkeiten erneuert worden war, veranstalteten die U.S.P. am Donnerstag abend auf dem hiesigen Marktplatz eine Demonstration und Kundgebung für Sowjetrußland. In geordneten Zügen mit großen Fahnen zogen die etwa 7000 Teilnehmer auf den Marktplatz, dort fanden Polizei wehrmannschaften bereit, die rasch den Platz räumten. Wegen Verletzung von Volkswehranghörigen sollen Verhaftungen vorgenommen worden sein. In wenig Minuten war der weite Platz leer, seine Zugänge abgesperrt. Irgendwelche Zwischenfälle ereigneten sich nicht.

Höchstpreise für fettthaltige Waschmittel.

Berlin, 21. Mai. Die Seifenherstellern- und Vertriebsgesellschaft teilt mit: Die mit Genehmigung des Reichs-Wirtschafts-Min. festgesetzten Preise für fettthaltige Waschmittel betragen bis auf weiteres: 1 St. reine Kernseife 5.—M ein Doppelstück 10.—M, 1 St. reine Kernseife 5.—M, 1 St. Kasserseife 2.50 M, 1 St. Kriegerseife 2.—M, 1/2 Pfd. Paster Seifenpulver 3.50 M, 1 Pfd. Seifenpulver 7.—M. Diese Preise sind Höchstpreise; die Seifen und Seifenpulver werden nun in Zukunft mit Genehmigung des Reichs-Wirtschafts-Min. ohne Preisanspruch hergestellt.

Zur Wiederbelebung der Bautätigkeit.

Berlin, 20. Mai. Im Haushaltsausschuß der Nationalversammlung stellte die Regierung den Antrag: Die Nationalversammlung wolle sich damit einverstanden erklären, daß der Reichsfinanzminister außer den durch den Notstand bewilligten 200 Millionen Mark zur Wiederbelebung der Bautätigkeit durch Gewährung von Reichsdarlehen zur Schaffung neuer Wohnungen den Betrag von 450 Millionen Mark zur Verfügung stellt, sowie sich ferner dazu schließt zu machen, daß die insgesamt aus Reichsmitteln aufzuwendenden 650 Millionen Mark im Reich durch eine Abgabe von den bebauten Grundstücken bis zum Jahre 1925 wieder zuzuführen sind. Der Ausschuß erklärte sich mit diesem Antrag einverstanden.

Der Reichshöhlenkommissar in Paris.

Berlin, 21. Mai. Die Meldung eines Pariser, daß der Reichshöhlenkommissar mit Branten in verg. Woche in Paris gewest habe, wird in der D. N. Z. bestätigt. Auch auf franz. Seite sei der Wille zur Verständigung vorhanden und die schwebenden Fragen wurden sachlich besprochen; endgültige Abmachungen konnten noch nicht getroffen werden, da von franz. Seite erklärt wurde, daß die letzte Entscheidung dem Obersten Rat u. der Wiedergutmachungskommission überlassen werden müsse.

Einstellung der Mitarbeit in der Grenzfestlegungs-Kommission.

Berlin, 20. Mai. Wie die Abendblätter melden, hat die Regierung den deutschen Kommissar in der Grenzfestlegungskommission für das Saargebiet, Oberst von Zplander, angewiesen, die Mitarbeit in der Kommission bis auf Weiteres einzustellen, da die Kommission auf Antrag des französischen Mitglieds entgegen dem Friedensvertrag beschließen sollte, über die Verwaltungsgrenzen hinausgehende weitere Gebiete in das Saargebiet einzubeziehen.

Strassenkündigung in Hamburg.

Hamburg, 20. Mai. Bei einer Strassenkündigung Arbeiter und Kämpfer kam es in der Kaiser Wilhelmstraße zu einem Zusammenstoß mit der Polizei und Sicherheitswehr, bei dem drei Personen getötet und zehn verwundet wurden.

Eine Abänderung des Versailler Vertrags beschlossen.

Rotterdam, 20. Mai. Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ schreibt: Alsquith kritische Bemerkungen im Unterhaus über die internationale Politik der Alliierten sind vielleicht

Nagold.
Infolge anderweitiger Anstellung des Herrn Wintber
ist die Stelle des 2364

Lebensmittelbeamten

auf 1. Juni wieder zu besetzen.
Schriftliche mit Zeugnissen belegte Bewerbungen wollen
unter Angabe der Gehaltsansprüche alsbald eingereicht werden.
Den 20. Mai 1920. Stadtsch.-Amt: Mater.

Aus Heeresbeständen

kommen noch einige Posten Wickelgamaschen, gestr. Finger-
handschuhe, Brust-, Puls- und Armbänder, Ohrenschützer,
Hilfspacktaschen, Waffentrensen, Kochgeschirre, Trinkbecher,
einige Deckplane etc. zur Verteilung.
Die Gegenstände, die teilweise auch leicht zu anderen
Zwecken verwendbar sind, können 2373
bis spätestens Dienstag den 25. ds. abends
beim Nahrungsmittelamt angesehen und bestellt werden.
Nagold, 20. 5. 20. Stadtschultheißenamt.

Ebershardt.

Statt jeder besonderen Einladung!

Hochzeits-Einladung.

Zur Feier unserer ehelichen Verbindung er-
lauben wir uns, Verwandte, Freunde und Bekannte auf 2220
Pflingstmontag, den 24. Mai 1920
in das Gasthaus „Hirsch“ in Ebershardt freund-
lichst einzuladen.

Christian Gulekunst & **Katharine Sprenger**
Mutter & Tochter des
Sohn des † Joh. Georg & † Jakob Sprenger,
Gulekunst, Hirschwirt. Maurer.

Rückgang 11 Uhr.

Weihingen.

Hochzeits-Einladung.

Zur Feier unserer ehelichen Verbindung gestat-
ten wir uns, Verwandte, Freunde und Bekannte auf
Pflingstmontag, den 24. Mai 1920
in das Gasthaus „zum Ochsen“ hier freundlichst ein-
zuladen. 2264

Friedrich Kübler & **Marie Krauß**
Sohn des & Tochter des
† Christian Kübler & Michael Krauß
Bauer. Bauer.

Rückgang 1/2 12 Uhr.

Wir bitten, dies statt jeder besonderen Einladung
entgegenzunehmen.

GUSTAV KOHLER = Talmühle
O.A. Calw.

Mühlenbau

Spezialfabrik für Mühleneinrichtungen
liefert alle in das Fach ein-
schlagende Maschinen sowie
alle Mühlen-Bedarfsartikel.
Uebernahme von Neu- und
Umbauten. 2352

Keine Vertretung für Maschinenfabriken.

Ein noch neues 2359

Fahr-Rad

mit Freilauf hat wegen Ent-
behrlichkeit am Samstag 22.
Mai nachmittags von 4 Uhr
ab zu verkaufen.

Joh. Weitzbrecht
Goldschmied = Emmingen.

Obertalheim.

Hier sofort wird zu 2 Pferden
ein jüngerer 2362

Knecht

gesucht, der auf der Land-
wirtschaft arbeiten kann, von
Augustin Lug
Landwirt.

Haiterbach.

Danksagung.

Für die vielen Beweise der Liebe und Teil-
nahme, welche uns anlässlich
des Hinscheidens unse-
res unvergesslichen lieb-
en Kindes 2345

Otto

von allen Seiten zu-
teil wurden, sprechen wir
unsern herzlichsten
Dank aus.

Die tieftrauernde
Mutter:
Berta Rapp, Gemein-
schaftswirtin mit ihrem
Kinde Fritz
und Großmutter
Christine Rapp Wwe.

2349

Ebhausen, den 20. Mai 1920.



Danksagung.

Für die vielen Beweise liebevoller Teilnahme während
der langen, schweren Krankheit und beim Hinscheiden
meines lieben Gatten, unseres treubesorgten Vaters,
Schwiegevaters, Großvaters und Bruders

Christian Dengler

für die ehrende Begleitung zu seiner letzten Ruhestätte
sagen wir herzlichen Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Sozialdemokratische Partei Nagold.

Außerordentliche
Mitglieder-Versammlung
am Samstag, den 22. Mai abends 8 Uhr im „Sternen“.
Wichtige Tagesordnung! 2372
Bölgstliches Erscheinen erwünscht. Krost.

Dr. Stähle

2341 ist jetzt unter
Nr. 11 an das Fernsprechnetz angeschlossen.

Liebenzell-Rohrdorf.

Hochzeits-Einladung.

Zur Feier unserer ehelichen Verbindung ge-
statten wir uns, Verwandte, Freunde und Bekannte
zu unserer am
Pflingstmontag den 24. Mai 1920
im Gasthaus zur „Sonne“ in Rohrdorf stattfindenden
Hochzeitsfeier freundlichst einzuladen.

Franz Burthardt & **Kanele Schuler**
Sattler und Tapezier & Tochter des
S. d. Gottlieb Burthardt & Christian Schuler
Fuhrmann in Liebenzell. & Küfer in Rohrdorf.

Rückgang 10 1/2 Uhr.

Wir bitten, dies statt jeder besonderen Einladung
entgegenzunehmen. 2300

Pforzheim-Walldorf.

Statt jeder besonderen Einladung!

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns Verwandte, Freunde und Be-
kante zu unserer am
Pflingstmontag, den 24. Mai 1920
in unserem elterlichen Gasthause „zum Hirsch“ in
Walldorf stattfindenden Hochzeitsfeier freundlichst
einzuladen.

Walter Deite & **Christine Schuler**
Sohn des & Tochter des
Georg Deite, Kaufmanns & August Schuler, Hirsch-
in Pforzheim. & wirts in Walldorf.

Rückgang um 1/2 12 Uhr. 2289

Effingen.

Unterzeichnete sehr einen

Charaban

mit Laugfisch
unter 2 die Wahl, am Pflingst-
montag dem Verkauf aus
Kugl. 2350

Einen gut erhaltenen ge-
brauchten

Kinderwagen

verkauft

Wer? sagt die Geschäfts-
stelle des Besitzers. 2355

2343

Blaubeuren, 19. Mai 1920.

Danksagung.

Anlässlich des Hinscheidens meiner lieben
Frau

Emma Schuon

geb. Frey

sind mir auch aus meiner alten Heimat so
viele Beweise warmer Anteilnahme an meinem
schweren Verlust zugekommen, daß es mir
nicht möglich ist, jedermann einzeln zu danken.
Ich bitte daher an dieser Stelle meinen herz-
lichen Dank aussprechen zu dürfen.

Kameralverwalter Schuon.

Familien-Ausflug!

Die U.S.P. Nagold

hält am Pflingstmontag den 24. Mai 1920 einen Familien-
ausflug mit Musikalischer Unterhaltung nach Wild-
berg im Schwarzwald-Bräuhäus ab. 2368
Mitglieder, Parteifreunde und Gönner der Sache sind
herzlich eingeladen.
Abmarsch um 1 Uhr. Vorheriges Zusammenreffen 1/2
Uhr im Gasthaus zum Löwen hier. (Bei Regenwetter fällt
der Ausflug aus.) Der Ausschuss.

Nagold.

Gut sortiertes Lager in neuen u. gebrauchten



Rochherden

empfehlen zu äußersten Preisen

Fr. Conzelmann
Kupferschmied (am Stadtbahnhof).

Kurse am 20. Mai 1920

mitgeteilt durch die

Gewerbebank Nagold r. G. m. b. H. in Nagold.

5% Deutsche Reichsanl.	79.75	4% Frankf. Hypoth.-	101.50
L.-u. Kriegsanl.	74.90	Kreditor.	101.50
4% dgl. v. 1918 unk. 1925	68.50	4% Weinsinger Hypoth.	100.75
3 1/2% dgl.	73.40	S. 2, 6, 7, 8, 9, 11-15	101.90
5% I. Dtsch. Schapananl.	100.10	4% Rhein. Hypoth. Bk.	102.50
4% Bad. Anlehn	88.80	4% Württ. Hypoth. Bk.	102.50
3 1/2% dgl. v. 1900	77.90	3 1/2% dgl. kdb. A-D	90.—
kdb. ab 1905	77.90	u. K-N	80.—
4% Württemberg. k. 1915	87.50	3 1/2% dgl. kdb. ab	80.—
1921 u. 1935	92.50	1912, 1915	104.—
3 1/2% dgl. v. 1875	79.50	4% Württ. Kreditverein	104.—
3 1/2% dgl. v. 1879/80	79.50	Obligationen.	
1885/95	74.50	4% Stadt Frankfurt a. M.	112.40
3 1/2% dgl. v. 1881/85	74.50	4% Stuttg. Stadt	103.50
Lit. L-O	75.—	Stktn.	
3 1/2% dgl. von 1900	75.—	Darmstädter Bank	156.—
(1903 ff.)	74.50	Deutsche Bank	292.—
3% dgl. von 1895	74.50	Diskontogesellschaft	287.—
Wandbrieft.		Dresdner Bank	183.—
4% Frankf. Hypoth. Bk.	102.60	Bad. Anl.-u. Sodafabrik	475.—
3 1/2% dgl.	91.—	Daimler Motoren	235.—
		Stlinger Wag. -Innenfabrik	215.—